

**Geldglossar** (zu finden unter: <http://www.snb.ch/d/welt/glossary/k.html>)

### **Aktiengesellschaft**

Eine Aktiengesellschaft ist ein Unternehmen, das sich Eigenkapital durch die Ausgabe von Aktien beschafft. Die Aktien bilden das Grundkapital einer Aktiengesellschaft. Der Inhaber einer Aktie ist Miteigentümer an der Gesellschaft. Die Schweizerische Nationalbank ist eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft des Bundesrechts.

### **Arbeitslosenquote**

Die Zahl der Arbeitslosen, gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen. Die Arbeitslosenquote schwankt im Konjunkturverlauf. Diejenige Arbeitslosenquote, die auch bei einer guten Konjunktur nicht verschwindet, wird als Sockelarbeitslosigkeit bezeichnet.

### **Autonome Geldpolitik**

Eine autonome oder eigenständige Geldpolitik bedeutet, dass eine Zentralbank ihre Geldpolitik an den Bedürfnissen des eigenen Landes ausrichtet. Weil zwischen der Geldpolitik und der Währung eines Landes ein Zusammenhang besteht, ist eine autonome Geldpolitik nur möglich, wenn der Wechselkurs der Währung frei schwanken kann. Soll der Wechselkurs jedoch gegenüber einer Fremdwährung auf einem bestimmten Kurs gehalten werden, muss die Zentralbank immer dann ihre eigene Währung kaufen oder verkaufen, wenn Abweichungen von diesem Kurs drohen. Mit solchen Käufen oder Verkäufen beeinflusst sie die Geldversorgung im eigenen Land: Kauft sie von den Banken Fremdwährungen, um eine Höherbewertung der eigenen Währung zu verhindern, verfügen die Banken über eine grössere Menge der Landeswährung, ihre Liquidität nimmt zu. Verkauft die Zentralbank Fremdwährungen, um den Wechselkurs der eigenen Währung zu stützen, dann verringert sich die Menge an Landeswährung, die Liquidität wird verknappt. Mit der Verpflichtung, einen bestimmten Wechselkurs zu verteidigen, verliert die Zentralbank die Kontrolle über die Geldversorgung und über die Höhe der kurzfristigen Zinsen. Ihre Geldpolitik entspricht der Politik des Landes, an dessen Währung die eigene Währung gebunden worden ist.

### **Banken**

Banken sind Unternehmen, die vom Publikum Spargelder entgegen nehmen und Kredite gewähren (Geldschöpfung). Ausser dieser Vermittlerfunktion zwischen den Sparern und den Kreditnehmern spielen die Banken neben der Post und den Zentralbanken eine wichtige Rolle beim  bargeldlosen Zahlungsverkehr. Sie erbringen zudem Dienstleistungen bei Finanzierungs- und Anlagegeschäften.

### **Bankensystem**

Gesamtheit der Banken und der Zentralbank eines Landes (Geldversorgung).

### **Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)**

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit Sitz in Basel nahm ihre Tätigkeit 1930 auf. Sie fördert die Zusammenarbeit der Zentralbanken und tätigt für diese verschiedene Bankgeschäfte. Die BIZ beheimatet auch wichtige internationale Ausschüsse für spezielle Zentralbank- und Bankfragen. Die regelmässigen Treffen der Notenbankchefs bei der BIZ ermöglichen einen Gedankenaustausch über die internationale Wirtschaftslage und über die Geld- und Währungspolitik.

### **Bankengesetz**

Das Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen ist die gesetzliche Grundlage für die Ausübung und Überwachung der Banktätigkeit in der Schweiz. Es enthält unter anderem Vorschriften über die Bewilligung für den Geschäftsbetrieb, über die Geschäftstätigkeit, die Liquidität (Reserven), die Eigenmittel und die Rechnungslegung. Es umschreibt auch die Aufgaben und die Tätigkeit der Überwachungsbehörde, der Eidgenössischen Bankenkommission.

### **Bankenkommission (EBK)**

Die Eidgenössische Bankenkommission wird vom Bundesrat gewählt und übt die Aufsicht über das schweizerische Bankwesen und das Börsenwesen aus. Die Bankenkommission achtet darauf, dass die Vorschriften des Bankengesetzes eingehalten werden. Sie verfügt über eine eigene Organisation, das ständige Sekretariat.

### **Bankrat der Nationalbank**

Der Bankrat und der aus seinem Kreis gebildete Bankausschuss der Nationalbank beaufsichtigen die Geschäftsführung der Nationalbank. Von den 40 Mitgliedern des Bankrates werden 15 durch die Generalversammlung der Aktionäre und 25 durch den Bundesrat gewählt.

### **Bargeld**

Unter Bargeld versteht man Banknoten und Münzen. Bargeld wird von den Notenbanken bzw. den Zentralbanken herausgegeben und vom Publikum vor allem für alltägliche Transaktionen, die meist auf kleinere Beträge lauten, verwendet.

### **Bargeldloser Zahlungsverkehr**

Die Summe aller bargeldlosen Zahlungen (Zahlungsverkehr). Bargeldlose Zahlungen sind Anweisungen für Umbuchungen von einem Konto auf ein anderes. Sie können an Belege (z.B. Schecks, Einzahlungsscheine) gebunden sein oder elektronisch (z.B. über ec-direct-Karten oder Kreditkarten) abgewickelt werden. Eine weitere Form sind Wertkarten, bei denen kleinere Beträge direkt auf einem Chip gespeichert und von diesem abgebucht werden. Wertkarten sind Beispiele für elektronisches Geld oder E-Geld. Der bargeldlose Zahlungsverkehr erreicht heute ein Vielfaches des Volumens des Barzahlungsverkehrs.

### **Buchgeld**

Auf Bank- und Postkonten geführtes und nur kontomässig umgebuchtes Geld.

### **Bundesanleihe**

Schuldverschreibung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, mit der sich diese am Kapitalmarkt verschuldet. Bundesanleihen werden in einem Auktionsverfahren herausgegeben und an der Börse gehandelt.

### **Deflation**

Deflation bedeutet ein über längere Zeit sinkendes Preisniveau und ist damit das Gegenteil von Inflation.

### **Devisen**

Ansprüche auf Zahlungen in fremder Währung, meist in Form von Guthaben bei ausländischen Banken, im Ausland zahlbare Schecks und Wechsel. Auf fremde Währung lautende Banknoten und Münzen sind keine Devisen, sondern Sorten.

### **Devisenanlagen**

Die Devisenanlagen der Nationalbank bilden zusammen mit dem Gold die Währungsreserven der Nationalbank. Sie bestehen zum grössten Teil aus sicheren, auf fremde Währungen lautenden Wertpapieren und zu einem kleineren Teil aus Festgeldern (Termingelder) bei erstklassigen Banken.

### **Devisenswap**

Kombination aus einem Kauf (Verkauf) von Devisen zum jeweiligen Tageskurs und dem gleichzeitigen Rückkauf (Kauf) dieser Devisen zu einem späteren Termin. Der Devisenswap ist eines der geldpolitischen Instrumente der Nationalbank, wird aber nur noch ausnahmsweise eingesetzt.

### **Direktorium der Nationalbank**

Die Geschäftsleitung der Schweizerischen Nationalbank. Sie besteht aus drei Personen: dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und einem weiteren Mitglied. Das Direktorium der Nationalbank wird vom Bundesrat auf Vorschlag des Bankrats ernannt.

### **Eidgenössische Bankenkommission (EBK)**

Siehe Bankenkommission.

..

### **Euro**

Gemeinsame Währung der an der Europäischen Währungsunion teilnehmenden zwölf Länder. Ein Euro besteht aus 100 Cent. Mit der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 ging die Verantwortung für die Geldpolitik im Euro-Gebiet an die Europäische Zentralbank über.

### Europäische Zentralbank (EZB)

Die Europäische Zentralbank mit Sitz in Frankfurt am Main ist die Währungsbehörde (Zentralbank) der Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion. Sie führt die Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet (Euro). Die oberste Entscheidungsbehörde ist der EZB-Rat. Er besteht aus den sechs Mitgliedern des Direktoriums der EZB und den Präsidenten der zwölf nationalen Zentralbanken des Euro-Währungsgebietes. Die EZB bildet zusammen mit den zwölf nationalen Zentralbanken das Eurosystem und zusammen mit den Zentralbanken aller derzeit 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union das Europäische System der Zentralbanken.

### Geld

Geld ist das vom Publikum akzeptierte Zahlungs- oder Tauschmittel. Es dient auch zur Wertaufbewahrung und als Recheneinheit. Geld kann in vielerlei Ausprägungen auftreten. Damit es allgemein Vertrauen genießt, muss es im richtigen Masse knapp sein (Geldpolitik).

### Geldmarkt

Am Geldmarkt werden Kredite und Guthaben mit einer kurzen Laufzeit (ein Tag bis zwölf Monate) gehandelt. Bei längeren Laufzeiten spricht man von Kapitalmarkt. Der Geldmarkt dient vor allem dem Ausgleich von Liquiditätsunterschieden zwischen den Banken (Liquidität). Zu den wichtigsten Teilnehmern am Geldmarkt gehören die Zentralbanken und die Banken.

### Geldmenge

Aus der gesamten Menge an Zahlungsmitteln in einer bestimmten Währung lassen sich verschiedene Geldmengen bilden. Je nachdem, wie rasch verschiedene Geldformen für Zahlungen verwendet werden können, werden sie der Geldmenge M0 bzw. den Geldmengen M1, M2 oder M3 zugeordnet.

### Geldmenge M0

Die Geldmenge M0 umfasst das von der Zentralbank geschaffene Geld. Sie wird in der Schweiz Notenbankgeldmenge genannt und besteht aus dem Notenumlauf sowie den Giroguthaben der Banken bei der Nationalbank. Die Geldmenge M0 wird manchmal auch als monetäre Basis bezeichnet. Auf die Geldmenge M0 hat die Nationalbank einen direkten Einfluss.

### Geldmengen M1, M2, M3

Neben der Notenbankgeldmenge M0 unterscheidet die Schweizerische Nationalbank drei weitere Geldmengen, nämlich M1, M2 und M3. Die Geldmenge M1 umfasst das Geld, das jederzeit als Zahlungsmittel eingesetzt werden kann: das umlaufende Bargeld und die auf Franken lautenden Sichteinlagen (Sichtgelder) bei den Banken und der Post. Die Geldmenge M2 besteht aus der Geldmenge M1 und zusätzlich aus den Spareinlagen in Schweizer Franken: Spargelder können innerhalb einer Rückzugslimite einfach und rasch in Bargeld umgewandelt werden. Die Geldmenge M3 besteht aus der Geldmenge M2 und zusätzlich aus den Termineinlagen in Schweizer Franken (Termingelder). Im Unterschied zur Notenbankgeldmenge bestehen die Geldmengen M1, M2 und M3 hauptsächlich aus Geld, das die Banken geschaffen haben (Geldschöpfung).

### Geldpolitik

Die Geldpolitik umfasst jene Massnahmen, mit denen die Zentralbanken die Zinssätze am Geldmarkt und damit die Geldversorgung eines Landes steuern. Die meisten Zentralbanken, auch die Schweizerische Nationalbank, sind heute bestrebt, die Geldversorgung in ihrem Land so zu bemessen, dass die Preise möglichst stabil bleiben und die Wirtschaft ihre Wachstumsmöglichkeiten ausschöpfen kann.

### Geldpolitische Instrumente

Die Geschäfte, mit denen die Zentralbanken die Knappheitsverhältnisse bzw. die Zinssätze am Geldmarkt beeinflussen, bezeichnet man als geldpolitische Instrumente. Das wichtigste geldpolitische Instrument der Nationalbank ist das Repo-Geschäft. Weitere Instrumente sind der Lombardkredit und der Devisenswap.

### Geldschöpfung

Die Banken schaffen neues Geld, indem sie Kredite gewähren. Ihre Möglichkeiten, Geld zu schaffen, werden durch die gesetzlichen Vorschriften über die Reserven und durch die Bereitschaft der Nationalbank, die Geldversorgung zu erhöhen oder zu verknappen, beeinflusst.

### **Geldversorgung**

Damit die Wirtschaft funktionieren kann, muss sie mit Geld versorgt werden. Die Geldversorgung darf weder zu reichlich noch zu knapp sein, weil sonst die Gefahr von Inflation bzw. von Deflation droht (Geldpolitik). Die Steuerung der Geldversorgung erfolgt über das Bankensystem: Die Nationalbank versorgt die Banken mit Geld oder Liquidität, indem sie ihre geldpolitischen Instrumente einsetzt. Vom Bankensystem fließt das Geld in die übrige Wirtschaft, wobei die Geldschöpfung der Banken eine zentrale Rolle spielt.

### **Geldwert**

Siehe Kaufkraft des Geldes.

### **Geschäftsbanken**

Siehe Banken.

### **Geldwertstabilität**

Siehe Preisstabilität.

### **Generalversammlung der Aktionäre**

Die jährliche Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank nimmt den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung ab und beschliesst über die Verwendung des Reingewinns. Die Generalversammlung ist auch zuständig für die Wahl eines Teils der Mitglieder des Bankrates. Weil die Nationalbank eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft des Bundesrechts ist und einen öffentlichen Auftrag erfüllt, sind die Befugnisse der Generalversammlung geringer als bei anderen Aktiengesellschaften.

### **Gewinn der Nationalbank**

Siehe Nationalbankgewinn.

### **Giroguthaben**

Guthaben, welche die Banken auf ihren Girokonten bei der Nationalbank halten. Die Guthaben bilden einen wesentlichen Teil der Liquidität im Bankensystem und werden am Geldmarkt gehandelt. Die Nationalbank beeinflusst die Höhe der Giroguthaben, indem sie den Zinssatz verändert, zu dem sie den Banken Kredite gewährt (geldpolitische Instrumente).

### **Girokonto**

Ein Girokonto ist ein Bankkonto, über das Überweisungen im bargeldlosen Zahlungsverkehr sowie Bareinzahlungen und -auszahlungen getätigt werden können.

### **Gold**

Gold und andere Edelmetalle wurden früher als Zahlungsmittel verwendet, vor allem in Form von Münzen. Später diente Gold, weil es ein knappes Gut ist, als «Anker» von Währungen und zur Sicherung des Vertrauens in das Papiergeld: Lange Zeit waren die Zentralbanken verpflichtet, ihre Banknoten auf Wunsch gegen Gold einzulösen. Heute ist dies nicht mehr der Fall. Dennoch halten viele Länder - auch die Schweiz - weiterhin einen Teil ihrer Währungsreserven in Gold - für den Fall einer schweren Krise.

### **Inflation**

Wenn das allgemeine Preisniveau steigt und das Geld an Wert verliert, spricht man von Inflation. In der Schweiz wird die Inflation anhand des Landesindex der Konsumentenpreise gemessen. Die prozentuale Zunahme des Landesindex heisst Inflationsrate. Inflation ist das Gegenteil von Deflation.

### **Inflationsprognose**

Die Nationalbank veröffentlicht und kommentiert regelmässig eine Prognose über die Entwicklung der Inflation in den kommenden drei Jahren. Die Inflationsprognose dient ihr als Richtschnur für die Geldpolitik. Weicht die prognostizierte Inflation von der Preisstabilität ab, muss die Geldpolitik überprüft werden.

### **Internationaler Währungsfonds (IWF)**

Englisch: International Monetary Fund (IMF). Der IWF ist eine internationale Organisation, deren Mitgliedsstaaten in Fragen der Wirtschafts- und Währungspolitik zusammenarbeiten. Die Schweiz ist seit 1992 Mitglied des Fonds. Der IWF wurde 1944 zusammen mit der Weltbank in Bretton Woods (USA) gegründet und hat heute seinen Sitz in Washington. Er überprüft regelmässig die Wirtschafts- und Geldpolitik seiner Mitgliedsländer und verfügt über Mittel, um Staaten in Schwierigkeiten finanzielle Hilfe zu erteilen.

### **Kapitalmarkt**

Am Kapitalmarkt werden Kredite und Guthaben mit längerer Laufzeit (ab 12 Monaten) gehandelt (bei kürzeren Laufzeiten spricht man von Geldmarkt). Der Kapitalmarkt dient hauptsächlich der Kapitalanlage und der Finanzierung von Investitionen.

### **Kaufkraft des Geldes**

Die Kaufkraft des Geldes oder der Geldwert drückt aus, wie viele Güter für eine bestimmte Summe Geld gekauft werden können. Bei einem Anstieg des Preisniveaus nimmt die Kaufkraft des Geldes ab - die Menge an Waren, die man für eine bestimmte Summe erwerben kann, sinkt (Inflation). Umgekehrt steigt sie bei einem Rückgang der Preise (Deflation). Das Ziel der Geldpolitik besteht darin, durch die richtige Dosierung der Geldversorgung die Kaufkraft des Geldes möglichst stabil zu halten.

### **Konjunktur**

Ein anderer Begriff für die allgemeine Wirtschaftslage. Bei einer ausgeglichenen Konjunktur wächst die Wirtschaft im Rahmen ihrer verfügbaren Produktionskapazitäten. Als Konjunkturüberhitzung wird eine Situation bezeichnet, in der die Wirtschaft rasch wächst und es zu Produktionsengpässen und Inflation kommt. Bei schlechter Konjunktur (Rezession) nimmt die Produktion ab, und die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten sind ungenügend ausgelastet. Die Arbeitslosigkeit steigt und es besteht die Gefahr von Deflation.

### **Konsumentenpreisindex**

Siehe Landesindex der Konsumentenpreise.

### **Landesindex der Konsumentenpreise (LIK)**

Der Landesindex der Konsumentenpreise misst die durchschnittliche Preisentwicklung der von den privaten Haushalten in der Schweiz nachgefragten Güter und Dienstleistungen. Dieser Preisindex wird vom Bundesamt für Statistik monatlich auf Grund eines Warenkorbs berechnet, der den Konsum der privaten Haushalte abbildet. Der Landesindex der Konsumentenpreise - auch Konsumentenpreisindex genannt - dient in der Schweiz zur Messung der Inflation.

### **Libor**

Die Abkürzung für London Interbank Offered Rate, ein Durchschnitt von Zinsen verschiedener Banken: Täglich um 11 Uhr (Londoner Zeit) melden zwölf der wichtigsten international tätigen Banken der British Bankers' Association in London die Zinssätze, zu denen sie am Markt Gelder von anderen Banken aufnehmen bzw. angeboten erhalten. Der Libor wird häufig als Referenzzinssatz verwendet, beispielsweise bei Hypothekendarverträgen. Für die Steuerung der Geldversorgung legt die Nationalbank ein Zielband für den Dreimonate-Libor-Satz in Franken fest, also für den Dreimonatssatz für Schweizerfranken-Anlagen am Londoner Geldmarkt.

### **Liquidität**

Verfügbarkeit flüssiger (liquider) Zahlungsmittel. Die Liquidität der Banken besteht zu einem wesentlichen Teil aus Giroguthaben bei der Nationalbank. Die Nationalbank beeinflusst mit ihren geldpolitischen Instrumenten die Liquidität der Banken und damit die Zinssätze am Geldmarkt.

### **Lombardkredit**

Ein Kredit, für den als Sicherheit Wertpapiere hinterlegt werden. Nach Bereitstellung solcher Sicherheiten erhalten Banken von der Nationalbank eine Lombardkreditlimite. Bei Bedarf kann eine Bank ihren Lombardkredit auf eigene Initiative bis zur Höhe der Limite beanspruchen. Lombardkredite sind für spezielle Fälle vorgesehen, beispielsweise wenn eine Bank zur Abwicklung des  bargeldlosen Zahlungsverkehrs mit den anderen Banken zusätzliche Liquidität benötigt (Swiss Interbank Clearing).

### **Lombardsatz**

Der Zinssatz, zu dem die Nationalbank einen Lombardkredit gewährt. Der Lombardsatz wird täglich berechnet und liegt zwei Prozentpunkte über dem Marktsatz für Tagesgeld (Geldmarkt).

### **Nationalbank (SNB)**

Die Schweizerische Nationalbank ist für die Geldpolitik der Schweiz zuständig. Gemäss Art. 99 der Bundesverfassung führt sie als unabhängige Zentralbank eine Geld- und Währungspolitik, die dem Gesamtinteresse des Landes dient. Sie wird unter Mitwirkung und Aufsicht des Bundes verwaltet. Ihre Aufgaben und ihre Geschäftstätigkeit sind in einem speziellen Gesetz, dem Nationalbankgesetz, geregelt. Die Nationalbank verfügt über je einen Sitz in Zürich und Bern sowie über 6 Zweigstellen.

### **Nationalbankgesetz**

Das Nationalbankgesetz ist der rechtliche Rahmen für die Tätigkeit der Schweizerischen Nationalbank. Es enthält Vorschriften über die Nationalbank als Aktiengesellschaft, über ihre Organisation und ihre geldpolitischen Instrumente. Als spezialgesetzliche Aktiengesellschaft des Bundesrechts kann die Nationalbank nicht wie andere Unternehmen ihre eigenen Geschäftsstatuten festlegen und diese durch die Generalversammlung genehmigen lassen: Ihre Tätigkeit erfolgt im Rahmen eines Gesetzes, das vom Parlament beschlossen wird.

### **Nationalbankgewinn**

Die Wertpapiere und Devisen, welche die Nationalbank von den Banken erwirbt und mit selbst geschaffenem Geld, d.h. mit Giroguthaben und Banknoten bezahlt, werfen Erträge ab. Die Nationalbank deckt mit diesen Erträgen ihre Betriebskosten und bildet daraus Rückstellungen für verschiedene Risiken. Aus dem verbleibenden Reingewinn bezahlt sie den Aktionären eine Dividende, deren Maximalhöhe gesetzlich festgelegt ist. Der Rest geht an den Bund und an die Kantone: Gemäss der Verfassung und dem Nationalbankgesetz erhalten die Kantone zwei Drittel, der Bund einen Drittel.

### **Notenbank**

Ausdruck für die mit dem Notenmonopol ausgestattete Bank. In der Schweiz ist die Schweizerische Nationalbank die Notenbank. Oft wird statt Notenbank auch der Begriff Zentralbank verwendet. Noten- oder Zentralbanken sind zuständig für die Geldpolitik eines Landes.

### **Notenbankgeldmenge**

Summe aus dem Notenumlauf und Giroguthaben der Banken bei der Nationalbank (Geldmenge M0).

### **Notenmonopol**

Das alleinige Recht, Banknoten eines Landes herauszugeben. In der Schweiz übt die Nationalbank das Notenmonopol aus. Die Notenbanken des Euro-Gebietes haben ihre bisherigen Notenmonopole, die sie zur Emission der verschiedenen Landeswährungen berechtigten, an die Europäische Zentralbank übertragen (Euro).

### **Notenumlauf**

Summe aller Banknoten, die von einer Notenbank ausgegeben wurden und zu einem bestimmten Zeitpunkt im Umlauf sind.

### **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)**

Englisch: Organization for Economic Co-operation and Development. Die OECD wurde 1960 von den europäischen Industrieländern, den USA und der Türkei mit dem Zweck gegründet, das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigung und den Lebensstandard in den Mitgliedsländern zu fördern und zu einer gesunden Entwicklung der Weltwirtschaft und des Welthandels beizutragen. Die OECD hat ihren Sitz in Paris. Die Schweiz ist seit der Gründung Mitglied.

### **Preisindex**

Ein Preisindex ist ein Instrument, um prozentuale Veränderungen von Preisen eines einzelnen Gutes oder eines Güterkorbes zu messen. Einer der am meisten beachteten Preisindizes ist der Landesindex der Konsumentenpreise, der für die schweizerische Geldpolitik eine zentrale Rolle spielt. Daneben berechnet das Bundesamt für Statistik eine Reihe weiterer Indizes, welche die Preisentwicklung in verschiedenen Branchen sowie auf verschiedenen Märkten und Produktionsstufen messen (z. B. Baupreisindex, Lohnindex, Produzentenpreisindex).



### Preisniveau

Durchschnittlicher Stand aller Preise der in einer Volkswirtschaft angebotenen Waren und Dienstleistungen zu einem bestimmten Zeitpunkt. Ein Anstieg des Preisniveaus bedeutet einen Rückgang der Kaufkraft des Geldes (Inflation). Die Veränderungen des Preisniveaus werden mit Hilfe von Preisindizes gemessen (Preisindex). Von besonderer Bedeutung für die Geldpolitik ist die Entwicklung der Konsumgüterpreise (Landesindex der Konsumentenpreise).

### Preisstabilität

Preisstabilität liegt vor, wenn sich das Preisniveau nicht oder nur sehr wenig verändert. Nach verbreiteter Auffassung herrscht Preisstabilität, wenn die Inflation unter 2% im Jahr liegt. Die Nationalbank setzt Preisstabilität mit einem Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise von weniger als 2% pro Jahr gleich (Inflationsprognose).

### Repo-Geschäft

Das Repo-Geschäft ist das wichtigste geldpolitische Instrument, das die Nationalbank heute zur Steuerung der Geldversorgung einsetzt. Dabei kauft die Nationalbank von einer Bank Wertpapiere und schreibt ihr den Gegenwert auf ihrem Girokonto gut (Giroguthaben). Gleichzeitig wird vereinbart, dass die Wertpapiere zu einem späteren Zeitpunkt durch die Bank wieder zurückgekauft werden. Die Bank erhält von der Nationalbank während der Laufzeit des Geschäfts einen kurzfristigen Franken-Kredit x, für den sie den Repo-Zins bezahlt. Die Nationalbank erhält Wertpapiere als Sicherheit. Aus ökonomischer Sicht handelt es sich bei einem Repo-Geschäft um ein gesichertes Darlehen. Für die Dauer des Repo-Geschäftes erhöht sich bei den Banken die Menge an Franken (Liquidität); nach Ablauf des Geschäfts sinkt sie wieder, falls die Nationalbank das Repo-Geschäft nicht erneuert. Mit einem Verkauf von Wertpapieren gegen Franken kann die Nationalbank die Franken-Menge oder Liquidität auch verringern.

### Repo-Satz

Höhe des Repo-Zinses, zu dem die Nationalbank mit den Banken Repo-Geschäfte abschliesst.

### Reserven

Geld, das die Banken in Form von Banknoten, Giroguthaben oder Guthaben auf Postkonten halten müssen. Das Bankengesetz schreibt vor, dass die Banken ihre Verbindlichkeiten (Sicht-, Termin- und Spargelder) zu einem gewissen Prozentsatz mit Reserven hinterlegen. Die von den Banken in Form von Giroguthaben bei der Nationalbank gehaltenen Reserven spielen eine zentrale Rolle bei der Steuerung der Geldversorgung (Giroguthaben, Liquidität).

### Schweizerische Nationalbank (SNB)

Siehe Nationalbank.

### Sichtgelder

Gelder, die sofort und ohne Beschränkung auf ein anderes Konto überwiesen oder in Bargeld umgetauscht werden können.

### Spargelder

Gelder, welche Privatpersonen oder Unternehmen - meist in der Form eines Sparkontos - bei einer Bank anlegen und welche Zinsen abwerfen.

### Swiss Interbank Clearing (SIC)

Elektronisches System zur Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zwischen den Banken in der Schweiz. Die technische Plattform wird von der Swiss Interbank Clearing AG, einem Gemeinschaftsunternehmen der Schweizer Banken, im Auftrag der Nationalbank betrieben. Die Nationalbank hat einen Sitz im Verwaltungsrat der SIC AG. Über das SIC-System wickelt die Nationalbank auch diejenigen Geschäfte ab, die sie für die Umsetzung ihrer Geldpolitik abschliesst.

### Termingelder

Gelder, welche für eine bestimmte Laufzeit bei einer Bank angelegt werden. Bis zum Ablauf der vereinbarten Frist kann der Anleger über diese Gelder in der Regel nicht mehr verfügen.

### Unabhängigkeit

Beim Stichwort Unabhängigkeit geht es um das Verhältnis zwischen den Zentralbanken und den politischen Behörden. Unabhängigkeit bedeutet, dass eine Zentralbank geldpolitische Entscheide vornehmen kann, ohne an Weisungen der Regierung oder des Parlaments gebunden zu sein. Ihre Kompetenzen werden meistens in einem speziellen Gesetz geregelt und die in der Regel von der Regierung gewählte Zentralbankleitung ist der Öffentlichkeit gegenüber zur Information verpflichtet. Unabhängigkeit soll gewährleisten, dass die Geldpolitik nicht zum Spielball kurzfristiger politischer Interessen wird.

### Währung

Siehe Wechselkurs.

### Währungspolitik

Begriff, der oft in Form des Begriffspaares «Geld- und Währungspolitik» vorkommt. Bei der Währungspolitik steht das Zusammenspiel der verschiedenen nationalen Währungen im Vordergrund, bei der Geldpolitik die Frage der richtigen Dosierung der Geldversorgung eines Landes. In der Praxis wird heute meist nur noch der Begriff Geldpolitik verwendet, der allfällige Massnahmen der Zentralbanken zur Beeinflussung der Wechselkurse mit einschliesst. (Autonome Geldpolitik).

### Währungsreserven

Auf fremde Währungen oder Gold lautende Vermögenswerte einer Zentralbank (Devisenanlagen). Die Währungsreserven stellen neben den Forderungen aus Repo-Geschäften den grössten Teil der Vermögenswerte der Nationalbank dar.

### Wechselkurs

Preis einer Währung, ausgedrückt in Einheiten einer anderen Währung. Meistens gibt der Wechselkurs an, wie viel inländisches Geld für eine bestimmte Menge ausländischer Währung bezahlt werden muss.

### Weltbank

Die Weltbank wurde zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds im Jahre 1944 in Bretton Woods (USA) gegründet und ist heute die grösste Entwicklungsbank. Sie hat zum Ziel, mit finanzieller Hilfe die Entwicklung ärmerer Länder zu fördern und deren Lebensstandard zu heben. Die Schweiz ist seit 1992 Mitglied der Weltbank.

### Wertpapiere

Auch: Wertschriften, Valoren oder Titel. Urkunden, mit denen ein Recht auf Eigentum oder auf ein Guthaben verknüpft ist. Aktien und Schuldverschreibungen bzw. festverzinsliche Obligationen sind die wichtigsten Wertpapier-Kategorien, die am Kapitalmarkt gehandelt werden.

### Wertschriften

Siehe Wertpapiere.

### Zahlungsverkehr

Die Summe aller Geldzahlungen in Form von Bargeld oder bargeldlos durch Umbuchung von einem Konto auf ein anderes bezeichnet man als Zahlungsverkehr. Der überwiegende Teil des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in der Schweiz wird über das Swiss Interbank Clearing, über die verschiedenen Interbank-Dienstleistungen (z.B. ec-direct-Transaktionen, Kreditkarten oder Belastungen auf Wertkarten) und über das Zahlungssystem der Post abgewickelt.

### Zentralbank

Anderer Begriff für Notenbank. Der Ausdruck «Zentralbank» vermittelt die Idee einer zentralen Stelle, die Geld ausgibt, dadurch die Geldversorgung des Landes regelt und sich im Zentrum des Zahlungsverkehrs befindet. Beim Begriff «Notenbank» steht die Vorstellung des Notenmonopols im Vordergrund.



### Zielband

Bandbreite von einem Prozentpunkt, in der die Schweizerische Nationalbank ihren Referenzzinssatz, den Dreimonate-Libor-Satz für Franken-Anlagen, halten will. Die Nationalbank kommuniziert mit der Festlegung des Zielbandes ihre geldpolitischen Absichten. Mit einer Erhöhung signalisiert sie eine Verschärfung, mit einer Senkung eine Lockerung der Geldpolitik. Über die Repo-Geschäfte stellt sie den Banken mehr oder weniger Geld zur Verfügung und sorgt so dafür, dass der Libor-Satz innerhalb des festgelegten Bandes bleibt.

### Zins

Der Preis für die Überlassung eines Geldbetrages während einer bestimmten Zeitdauer. Der Zins ist vom Schuldner an den Gläubiger zu zahlen. Er wird in Prozenten der zur Verfügung gestellten Summe ausgedrückt (Zinssatz) und bezieht sich in der Regel auf die Dauer eines Jahres.

### Zweigstellen

Informationen über die Wirtschaft in den Regionen der Schweiz sind eine wichtige Grundlage für die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank. Sie werden bei den Zweigstellen, den lokalen Vertretungen der Nationalbank gesammelt, die in ständigem Kontakt mit der regionalen Wirtschaft stehen. Die Nationalbank unterhält Zweigstellen in Basel, Genf, Lausanne, Lugano, Luzern und St. Gallen. Die Zweigstellen in Lugano und Genf sind auch für die Bargeldversorgung in ihrer Region zuständig.